

---

## AhD Newsletter Nr.: 03/2004

---

Die Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD) ist ein Zusammenschluß der nachgenannten Verbände:

Deutscher Philologenverband e.V., Deutscher Hochschulverband, Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes in Deutschland e.V., Verein Deutscher Bibliothekare e.V., Bundesverband der beamteten Tierärzte, Führungskräfteverband Telekom und Post, Bundesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V., Vereinigung der höheren Führungskräfte der Deutschen Bahnen, Bundesverband der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e.V., Bundesverband der Apotheker im öffentlichen Dienst, Verband Deutscher Meteorologen

---

### **Irrungen und Wirrungen**

#### **Die Beratungen der Föderalismuskommission gehen weiter**

Entgegen dem ursprünglichen Zeitplan hat die von Bundestag und Bundesrat gebildete Föderalismuskommission (s. AhD-Newsletter Nr. 1/2004 vom 12.2.04) ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen. Sie hat vielmehr zur näheren Prüfung der Grundgesetzbestimmungen, die Beamte betreffen, eine Projektgruppe gebildet. Gegenstand dieser Prüfung ist die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern für das Rahmenrecht (Statusrecht der Beamten; Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 GG), die konkurrierende Gesetzgebung für Besoldung und Versorgung (Art. 74a GG) sowie eine „Modifikation“ der „hergebrachten Grundsätze“ (Art. 33 Abs. 5 GG).

Die AhD hat sich sowohl schriftlich als auch mündlich gegenüber den Ministerpräsidenten der Bundesländer, den Mitgliedern der Föderalismuskommission (insbesondere ihrer Mitglieder in der vorgenannten Projektgruppe) sowie allen Mitgliedern des Innenausschusses des Deutschen Bundestages gegen eine Kompetenzverschiebung vom Bund zu den Ländern ausgesprochen. Nach Auffassung der AhD hat sich die Kompetenzregelung des Grundgesetzes bewährt, insbesondere die Einführung der konkurrierenden Gesetzgebung durch die Einfügung des Art. 74a GG im Jahre 1971 in das Grundgesetz. Die AhD sieht in einer etwaigen Kompetenzverschiebung vor allem eine Gefährdung der einheitlichen Lebensverhältnisse in Deutschland und der bundesstaatlichen Ordnung (die Gründe im einzelnen können über Internet [www.hoeheredienst.de](http://www.hoeheredienst.de) in einem Schreiben vom 30. Juni 2004 eingesehen werden).

Die bislang eingegangenen Stellungnahmen zeigen, daß zumindest einige Bundesländer daran festhalten, insbesondere die ausschließliche Kompetenz für die Besoldung und Versorgung ihrer Beamten zu erhalten. Lediglich bei der „Überprüfung“ der „hergebrachten Grundsätze“ des Art. 33 (5) GG ist offenbar inzwischen eine gewisse Zurückhaltung eingetreten. Ursächlich dafür ist nach Erkenntnissen der AhD die Einsicht, daß z. B. der hergebrachte Grundsatz „Streikverbot“ isoliert aufrecht erhalten werden kann, wenn andere, die Besoldung und Versorgung betreffende Grundsätze gestrichen werden.

Die Rahmengesetzgebung des Bundes für das Beamtenrecht wird – auch als Folge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Nichtigkeit der Novelle zum Hochschulrahmengesetz – mit hoher Wahrscheinlichkeit fallen. In der Sitzung der Föderalismuskommission am 8. Juli 2004 hatte der SPD-Vorsitzende Müntefering – der mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber (CSU) der Kommission vorsteht – den Stand der Beratungen so zusammengefaßt: „Die Rahmengesetzgebung des Art. 75 des Grundgesetzes wird

aufgehoben.“ Müntefering ließ jedoch offen, wie einige „Kernpunkte“ wegen der Notwendigkeit einheitlicher Regelungen in der Bundeszuständigkeit bleiben könnten; dazu zählte Müntefering auch Statusfragen im Dienstrecht.

## **Bund hält an weiterer Kürzung der Versorgung für die Beamten des Höheren Dienstes fest**

Die Bundesregierung hält trotz der Proteste von Verbänden und Gewerkschaften, auch der AhD, an ihrer Absicht fest, künftig Studienzeiten nicht mehr bei der Berechnung des Ruhegehaltes zu berücksichtigen. Immerhin werden aber zur Zeit Übergangsvorschriften für das Inkrafttreten am 1. Januar 2005 erwogen. Die vorhandenen Ruhegehaltsempfänger sollen von der Regelung ausgenommen und die Wirksamkeit der Gesetzesänderung für die aktiven Beamten gleitend gestaltet werden (siehe auch AhD-Newsletter 02/2004 vom 29.04.04).

## **Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamte**

Die Bundesregierung bereitet den Entwurf einer neuen Arbeitszeitverordnung vor. Dadurch soll die Arbeitszeit der Bundesbeamten ab dem 1. Oktober 2004 – wie zuvor schon in einigen Bundesländern – von 38,5 Stunden auf 40 Stunden erhöht werden. Für Angestellte und Arbeiter bleibt es bis zum Abschluß neuer Tarifverträge weiterhin bei 38,5 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit.

## **Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Abschaffung des Berufsbeamtentums als Reform?**

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) ist mit seinen Plänen für eine Reform des öffentlichen Dienstrechts auf Widerstand in der eigenen Partei gestoßen. Wie das „Handelsblatt“ mitteilt, gab die SPD-Fraktion dem Ministerpräsidenten den Rat, „keine Bundesratsinitiative zu starten, die den Weg für eine Abschaffung des Berufsbeamtentums ebnen soll“. Dafür wäre eine 2/3-Mehrheit im Bundesrat und Bundestag nötig. Hintergrund des Streites sind die Vorschläge der sog. „Bull-Kommission“, eines Gremiums unter dem Vorsitz des Hamburger Staatsrechtlers Hans-Peter Bull; er hatte der Landesregierung im vergangenen Jahr empfohlen, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst gleichzustellen.

## **Steuerzahlerbund hält Berufsbeamtentum nicht für überflüssig**

Der Bund der Steuerzahler NRW hält die von der Rot-Grünen-Landesregierung angestrebte Abschaffung des Berufsbeamtentums für überflüssig. Dennoch hält er Veränderungen im öffentlichen Dienst für notwendig um mehr Flexibilität und mehr Leistungsanreize zu ermöglichen. Dafür müsse aber durch eine Grundgesetzänderung nicht alles „über Bord geworfen werden“, was es auch an Vorteilen durch das Berufsbeamtentum gebe. So müsse das Berufsbeamtentum nicht abgeschafft werden, um Beamte stärker nach Leistung bezahlen zu können. Auch sei nie bewiesen worden, daß Beamte teurer für die öffentlichen Haushalte seien als Angestellte.

## **Bewegung im Tarifrecht?**

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat die Arbeitszeitregelungen für das Tarifgebiet West, die eine Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden vorsahen, gekündigt. Die Gewerkschaft ver.di erklärte daraufhin, die „Modernisierungsverhandlungen“ mit den Ländern als gescheitert. Nachdem nunmehr die Länder nicht mehr an diesen „Modernisierungsverhandlungen“ zum Tarifrecht im öffentlichen Dienst beteiligt sind, drücken die Kommunen aufs Tempo. Die Gespräche zwischen dem BMI, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und den Gewerkschaften sollen „zeitlich verschärft und inhaltlich kompetenter“ weitergeführt werden, sagte Präsident Stüber. Spätestens im September sollen die VKA-Mitglieder über eine Reform des Tarifrechts oder die Kündigung des BAT entscheiden.

## **Absenkung des Versorgungsniveaus verfassungswidrig?**

Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Main hält die schrittweise Absenkung des Versorgungsniveaus von 75 % auf 71,75 % für verfassungswidrig, weil das Unterschreiten der 75prozentigen Vollversorgung nach einem erfüllten Dienstleben mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums, wie sie im Grundgesetz enthalten sind, nicht im Einklang stehe. Zwar sei der Gesetzgeber nicht gehindert, Versorgungsleistungen zu verringern. Die Absenkung des Versorgungsniveaus sei auch nicht derart gravierend, daß dadurch die amtsangemessene Alimentation unterschritten werde. Es gehöre aber zu den hergebrachten Grundsätzen des Beamtenrechts, daß sich die Versorgung eines Beamten im Ruhestand, von Ausnahmen abgesehen, nach seinem letzten Amt richtet und die Höhe der Versorgung abhängig sei von der Dauer des Dienstes.

## **Umsonst oder zu früh?**

Das Bundesministerium des Innern hat in Vorabstimmung mit den Bundesländern eine Neufassung des Bundesbeamtengesetzes (BBG) und des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) erarbeitet. Zumindest das Schicksal des BRRG ist ungewiß, da (noch) nicht feststeht, ob und inwieweit der Bund seine Rahmenkompetenz für das Dienstrecht behält.

## **BMI und DBB verhandeln Modernisierung des öffentlichen Dienstes**

Nach Presseberichten verhandeln der Bundesminister des Innern (BMI) und der Deutsche Beamtenbund (DBB) zur Zeit über gemeinsame Vorschläge für eine Modernisierung des öffentlichen Dienstes. In einem Interview mit dem *Rheinischen Merkur* nannte der Bundesvorsitzende des DBB, Peter Heesen, auf entsprechende Fragen keine Einzelheiten, sondern verwies hierzu auf die vereinbarte Vertraulichkeit. Er machte jedoch deutlich, daß im Mittelpunkt der Verhandlungen das „überkommene Laufbahnsystem“ steht und er vorschlagen werde, „nicht mehr an vier Laufbahngruppen festzuhalten“. Als weitere Verhandlungspunkte nannte Heesen den Einstieg für Fachhochschulabsolventen, ein neues, stärker an Leistung orientiertes Bezahlungssystem sowie flexiblere Arbeitszeiten. Heesen hofft, daß die Modernisierung des Beamtenrechts bis Herbst 2006 Gesetzeskraft erlangt hat.

## Zahlen

### 1. 0,00588 %

Im Jahre 2002 wurden – nach Angaben des Bundesministeriums des Inneren – sechszwanzig Beamte und Beamtinnen des Bundes wegen Unterschlagung, bzw. Untreue und Reisekostenbetrugs zur Verantwortung gezogen. Dabei erfolgten drei Zurückstufungen, neun Geldbußen, acht Kürzungen der Dienstbezüge, eine Kürzung des Ruhegehaltes, vier Verweise und eine Entfernung aus dem öffentlichen Dienst.

Bezogen auf 377.692 Beamte und Beamtinnen (Stand: 30. Juni 2001), machen diese 26 vorgenannten Disziplinarfälle einen Anteil von 0,00688 % aus.

### 2. Drastischer Personalrückgang im öffentlichen Dienst Deutschlands

Seit 1991 ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst drastisch zurückgegangen. Zu dieser Einschätzung gelangt der „Datenreport 2004“, der am 23. August 2004 in Berlin vorgestellt wurde. Von einem damaligen Personalbestand von 6,7 Mio. hat sich die Beschäftigtenzahl binnen elf Jahren auf 4,8 Mio. verringert. Der Datenreport ist eine Kombination aus Daten der amtlichen Statistik des Statistischen Bundesamtes und Ergebnissen der Sozialforschung.

Von den 4,8 Mio. Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Jahre 2002 waren den Angaben zufolge 2,3 Mio. Angestellte, 1,7 Mio. Beamte (einschließlich Richtern) und 626.000 Arbeiter sowie 180.000 Berufs- oder Zeitsoldaten. Von hundert Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes arbeiteten im Durchschnitt 45 Prozent bei den Ländern, 32 Prozent bei den Kommunen, 10 Prozent bei den Bundesbehörden, 12 Prozent im Bereich des mittelbaren öffentlichen Dienstes (Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts). 51 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind Frauen.

## Aus der Rechtsprechung

### Die Beihilfavorschriften des Bundes sind nicht verfassungsgemäß

Bislang werden Beihilfavorschriften zumeist als Verwaltungsvorschriften erlassen. Das Bundesverwaltungsgericht hat jetzt im Zusammenhang mit einer Revision entschieden: „Die als Verwaltungsvorschriften ergangenen Beihilfavorschriften des Bundes genügen nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Gesetzesvorbehalts. Die wesentlichen Entscheidungen über die Leistungen an Beamte, Richter und Versorgungsempfänger im Falle von Krankheit und Pflegebedürftigkeit hat der Gesetzgeber zu treffen. Für eine Übergangszeit sind die Beihilfavorschriften allerdings noch anzuwenden“.

(BVerwG, Urteil vom 17. 6. 2004 – 2C50.02)

### Gewährung einer Gehaltszulage für Beamte mit mehr als zwei Kindern durch die Verwaltungsgerichte

Ein Beamter der Besoldungsgruppe A 14 mit drei Kindern hat in einer Klage eine höhere Besoldung nach Maßgabe der „Kindergeldentscheidung“ (Beschuß des Bundesverfassungsgerichts vom 24. November 1998, 2BvL26/91 u. a.) im Hinblick auf sein drittes Kind verlangt. Das Verwaltungsgericht hat der Klage auf zusätzliche Zahlung von 412,98 EUR für 2000 und von

404,02 EUR für 2001 stattgegeben. Eine Sprungrevision der Bundesrepublik Deutschland hatte nur teilweisen Erfolg.

Die Verwaltungsgerichte sind danach mit Wirkung ab 1.1.2000 befugt, den Dienstherrn eines Beamten mit mehr als zwei Kindern zu höheren Gehaltszahlungen zu verurteilen, soweit die gesetzlich bestimmte Besoldung nicht den Vorgaben der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. November 1998 entspricht. Mit diesem Beschluß hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt die nach verfassungsrechtlichen Maßstäben unzureichende Besoldung der Beamten mit mehr als zwei Kindern festgestellt und ausgesprochen, daß der Gesetzgeber die als verfassungswidrig beanstandete Rechtslage bis zum 31. Dezember 1999 mit der Verfassung in Übereinstimmung zu bringen hat. Darüber hinaus hat es eine besondere Vollstreckungsanordnung getroffen, die die Verwaltungsgerichte dazu verpflichtet, die Besoldungsansprüche der Beamten mit mehr als zwei Kindern ab dem Jahre 2000 nach den Vorgaben der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu berechnen und für den Fall, daß ein Defizit besteht, den Dienstherrn zur Zahlung des verbleibenden Besoldungsanteils zu verurteilen. Daran sind die Verwaltungsgerichte nicht deshalb gehindert, weil der Gesetzgeber ab dem Jahre 1999 Anstrengungen unternommen hat, die wirtschaftliche Situation der Beamten mit drei und mehr Kindern deutlich zu verbessern.

(BVerwG, Urteil vom 17. 6. 2004 – 2C34.02)

Es ist zur Zeit nicht erkennbar, ob und wie Bundesregierung und Parlament auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts reagieren werden. Beamte und Beamtinnen mit mehr als zwei Kindern, die eine höhere Bezahlung erreichen wollen, sind vorerst gezwungen, dazu den Rechtsweg zu beschreiten.

## **Personalien**

Zum 1. September 2004 ist der langjährige Leiter der Dienstrechtsabteilung im Bundesministerium des Innern, Min.-Dir. Dr. Hans-Bernd Beus, in das Bundespräsidialamt gewechselt. Sein Nachfolger im Bundesministerium des Innern wird der bisherige Leiter der Zentralabteilung, Min.-Dir. Werner Müller.

## **Das Letzte Voll daneben**

Das Berliner Verwaltungsgericht hat angeordnet, daß ein Mann am Verkehrsunterricht teilnehmen muß, der das erste Mal bei einem Verkehrsverstoß erwischt wurde und der zu seiner Verteidigung vorgebracht hatte, er sei „Volljurist“. Das Gericht hatte bereits „Zweifel, ob bei allen Volljuristen stets von ausreichenden Kenntnissen der Straßenverkehrsvorschriften“ auszugehen sei. Bei diesem Mann jedoch sei anzunehmen, daß er die Bedeutung der Vorschriften nicht erfaßt habe. Er hatte sein Auto unverschlossen, mit offenem Fahrerfenster und Schiebedach am Straßenrand im eingeschränkten Halteverbot abgestellt, entgegen der Fahrtrichtung und schräg zur Fahrbahnkante. Das so geparkte Auto erzeugte einen Rückstau bei einbiegenden Autos. Der Mann weigerte sich, es umzustellen, schickte seine Ehefrau, die ausrichtete, ihr Mann wolle nicht beim Grillen gestört werden. Die Polizei hatte Mühe, den Mann zu seinem Auto zu bewegen. Er beschimpfte die Beamten, weigerte sich, den Wagen zu entfernen, und klagte schließlich vor Gericht gegen die Anordnung der Straßenverkehrsbehörde, am Verkehrsunterricht teilzunehmen: Er sei „Volljurist“ und bedürfe keiner verkehrsrechtlichen Belehrung.

(FAZ vom 31.8.2004)